

Vorwort

„Hohenheimer Tage zum Migrationsrecht“ ohne persönliche Begegnung, ohne Gespräche bis tief in die Nacht – für diejenigen, die diesen Teil der Hohenheimer Tage, das Gewusel und das intensive Debattieren in den diversen Räumlichkeiten des Tagungszentrums Hohenheim der Akademie der Diözese Rottenburg-Stuttgart schon einmal erlebt haben, ist dies eigentlich unvorstellbar. 2021 ist das Unvorstellbare dann doch eingetreten. Im mittlerweile 37. Jahr ihres Bestehens musste die wichtigste migrationsrechtliche Tagung in Deutschland aufgrund der Coronapandemie erstmals in rein digitaler Form stattfinden. Die Konferenz ausfallen zu lassen kam für die Organisator*innen nicht in Frage. Unter dem Eindruck eines monatelangen „#Wir bleiben zu Hause“ konnte zwar allzu leicht das Gefühl entstehen, dass etwas ganz Entscheidendes fehlt – nämlich der Kerngegenstand des Migrationsrechts: die Migration. Die Asylbewerber*innen-Zahlen in Deutschland und in Europa sind 2020 etwa um ein Drittel gesunken, allgemein ist die Migration in OECD-Länder in der zweiten Jahreshälfte gar um 72 % eingebrochen. Äußerst schwierig gestaltete sich 2020 auch die Lage beim Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten in Deutschland: Nicht einmal die Hälfte der monatlichen 1.000er-Kontingente wurde in diesem Jahr ausgeschöpft. Jedoch wurden viele der Probleme, über die Fachleute bereits seit Jahren in Hohenheim diskutieren, erst im Zuge der Pandemie so richtig sichtbar oder gar wie unter einem Brennglas verschärft.

Vorwort

Schon vor Beginn der Corona-Krise zeigten sich deutliche Verwerfungen in Europa sichtbar etwa an den Grenzkontrollen im Schengenraum, der ohne solche Kontrollen an den Binnengrenzen konzipiert ist: Die Flüchtlingsfrage entzweit seit 2015 die europäische Staatengemeinschaft. Von Kontrollverlust war und ist die Rede, die zunehmenden Kontrollen an nationalen Grenzen und eine Politik der Abwehr waren die Antwort vieler Staaten auf fortbestehende Fluchtursachen. Das Ergebnis einer solchen Politik bzw. Haltung zeigt sich heute eindringlich an Orten wie den Flüchtlingslagern auf den griechischen Inseln oder auch in Bosnien – Stichwort Moria, Stichwort Lipa. Noch deutlicher als zuvor bekamen und bekommen Geflüchtete dort auf dramatische Art und Weise fehlende Solidarität und nationale Egoismen zu spüren. Eine Haltung der Abwehr zeigt sich auch auf dem Mittelmeer, auf dem die Seenotrettung nicht zuletzt aufgrund staatlicher Politiken praktisch zum Erliegen gekommen ist. 2020 sind dort rund 1.100 Flüchtlinge ums Leben gekommen – das ist nach Recherchen der Internationalen Organisation für Migration (IOM) ein Drittel der auf Migrationsrouten verstorbenen Menschen weltweit. Die Bilder des menschlichen Elends und der Verlust menschlicher Würde vor den Toren und auf dem Boden Europas und unter den Augen von uns allen machen verständlich, warum viele mittlerweile von einem Verlust des ethischen Fundaments Europas sprechen.

Jedoch auch jenseits der Asylpolitik hinterlässt die Pandemie ihre Spuren: Einst als selbstverständlich erachtete Errungenschaften wie etwa die europäische Binnenfreizügigkeit traten sehr schnell hinter die oft hektischen und unkoordinierten Maßnahmen nationaler Pandemiebekämpfung zurück. Die gesundheitlichen Gefahren für prekär beschäftigte Unionsbürger*innen – (nicht nur) in Fleisch- und Landwirtschaftsbetrieben – führen zudem eindringlich vor Augen, dass in Recht und Praxis der Migration leider noch allzu viele Fragen unbeantwortet sind.

Vor diesem Hintergrund diskutierten vom 29. Januar bis 12. Februar 2021 rund 350 Fachleute diejenigen migrationspolitischen und -rechtlichen Entwicklungen, Probleme und Herausforderungen, die im Zuge der Corona-Krise neu hinzugekommen sind, sich mittlerweile normalisiert

haben, verdeckt wurden oder sich aber verschärft haben. Das Ziel in allen 16 Online-Veranstaltungen bestand darin, Perspektiven für eine am Menschen orientierte Ausgestaltung des Rechtsgebiets zu eröffnen bzw. neu in Erinnerung zu rufen.

Die vorliegenden Artikel basieren auf den Beiträgen von Referierenden, die diese für eine Veröffentlichung ausgearbeitet haben. Die darin behandelten Themen – angefangen von aktuellen Entwicklungen in der Seenotrettung bis hin zu Fragen der Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz – geben einen Ausschnitt der zahlreichen Diskussionen dieser Tagung wieder.

Die Beiträge zeigen: Die Pandemie hat vielfältige – und leider häufig negative – Spuren in der praktischen Durchsetzung und Ausgestaltung des Migrationsrechts hinterlassen. Zu erwähnen sind hier etwa die zeitweise vollständig zum Erliegen gekommene Verwirklichung von Nachzugs- und Aufenthaltsrechten ausländischer Familien oder auch der rechtswidrige Umgang mit aus Seenot Geretteten. Die Rechte von Migrierenden gerade auch in Zeiten zu schützen, in denen sich andere Prioritäten gleichermaßen natürlich aufdrängen, ist dabei eine Aufgabe und Herausforderung, an der nicht nur die politischen Entscheidungsträger*innen, sondern auch die einzelnen Gesellschaften Europas im positiven Sinne wachsen können.

St. Gallen, Speyer und Stuttgart, im Mai 2021

Constantin Hruschka, Constanze Janda und Konstanze Jüngling

Weitere Materialien der Hohenheimer Tage zum Migrationsrecht 2021 – Powerpoint-Präsentationen, Texte sowie journalistische Berichterstattung – sind auf der [Internetseite der Akademie](#) einsehbar.